

## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 03. OKTOBER 2019

|               |  |   |
|---------------|--|---|
| GESCH.-NR.    | 2019-0720  |   |
| BESCHLUSS-NR. |  |   |
| IDG-STATUS    | öffentlich   |   |
| SIGNATUR      | <b>16</b><br><b>16.04</b><br><b>16.04.22</b>   | <b>GEMEINDEORGANISATION</b><br><b>Grosser Gemeinderat</b><br><b>Postulate</b> |
| BETRIFFT      | <b>Postulat Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Verkehr in den Aussenwachten</b><br><b>/ Substantielles Protokoll</b> |   |

[...]

### 14. GESCHÄFT-NR. 2019/054 Postulat Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Verkehr in den Aussenwachten – Begründung

Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende, reichen mit Schreiben vom 5. September 2019 nachfolgendes Postulat beim Büro des Grossen Gemeinderates ein (GGR-Geschäft-Nr. 2019/054):

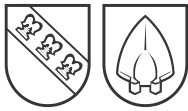
#### POSTULAT: VERKEHR IN DEN AUSSENWACHTEN

##### ANTRAG

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob der Verkehr in den vom Verkehr sehr belasteten Aussenwachten mit Verkehrsberuhigungsmassnahmen und/oder mit Tempo-30-Zonen (innerorts) und mit Tempo-50-Zonen (bei Siedlungen ausserorts) beruhigt werden kann.

##### BEGRÜNDUNG

Bei Stau auf der Autobahn zwischen Winterthur und Zürich leiten die GPS-Systeme die Autos oder LKWs häufig über Kantonsstrassen. In der Folge entsteht in den Weilern von Illnau-Effretikon (z.B. Reitweg und Allmendstrasse in Kyburg, Luckhausenstrasse, Braustrasse, Illnauerstrasse in Agasul) massiver Mehrverkehr. Die alten Kantonsstrassen und die Gemeindestrassen sind jedoch nicht für diesen massiven Mehrverkehr und die grossen Autos und Lastwagen vorgesehen. Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Velofahrerinnen und Velofahrer werden oft abgedrängt und dadurch entstehen für sie äusserst gefährliche Situationen. Dass es dadurch nicht mehr Unfälle gibt, ist erstaunlich. Auch für die Landwirtschaft ist dieser Zusatzverkehr, welcher oft mit 50 bis 80 Stundenkilometern an den Höfen vorbeiprescht, sehr nervenaufreibend und gefährlich. Viele Strassen sind zudem sehr schmal, bei Überholmanövern wird teilweise auf Kulturland ausgewichen, was zu Flurschäden führt.



### AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 03. OKTOBER 2019

GESCH.-NR. 2019-0720  
BESCHLUSS-NR.

URHEBER: Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP

MITUNTERZEICHNENDE: Gemeinderat Markus Annaheim, SP  
Gemeinderat Ralf Antweiler, GLP  
Gemeinderat Beat Bornhauser, GLP  
Gemeinderat Arie Bruinink, Grüne  
Gemeinderat Andreas Furrer, SP  
Gemeinderat David Gavin, SP  
Gemeinderat Urs Gut, Grüne  
Gemeinderat Stefan Hafen, SP  
Gemeinderätin Regula Hess, SP  
Gemeinderat Daniel Kachel, GLP  
Gemeinderat Maxim Morskoj, SP  
Gemeinderätin Cornelia Tschabold, EVP  
Gemeinderätin Denise Tschamper, Grüne  
Gemeinderat Felix Tuchschild, SP  
Gemeinderat David Zimmermann, EVP

EINGANG RATSBURO: 05.09.2019

BEGRÜNDUNG IM RAT: 03.10.2020

### FORMELLES

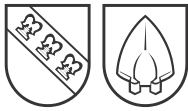
Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Postulat taxiert. Eine Überprüfung des Ratsbüros ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Postulate gemäss Art. 69 ff der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates GeschO GGR gestellt werden, einzuhalten vermag.

### PLENARDEBATTE

*Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP*, legt konform mit Art. 72 ff. GeschO GGR die Beweggründe, welche sie zur Einreichung des vorstehenden Postulates motiviert hatten, dar. Basis dafür bildet der zu Grunde liegende Postulatstext, aus welchem sich Begründung, Zielsetzung und Antrag hinreichend ergeben.

Ergänzend sei festgehalten, wonach Gemeinderätin Röösl, ihres Zeichens ebenso Mitglied des Zürcher Kantonsparlamentes, einen gleichlautenden Vorstoss im Kantonsrat eingereicht hatte. Der antwortende Regierungsrat sehe sodann seinerseits keinen Handlungsbedarf, etwelche Massnahmen zu ergreifen. Die Sache käme auf den Standort an, zudem entfalle auf dem gesamten Kantonsgebiet nur ein kleiner Prozentsatz auf Situationen, wie sie Brigitte Röösl in ihrem Vorstoss beschreibe. Bei Strassenprojekten seien die Gemeinden gehalten, die kantonalen Instanzen anzurufen und mit diesen gemeinsam nach Lösungen und Möglichkeiten zu suchen.

Brigitte Röösl erwarte vom Stadtrat nun nicht eine blosser Auskunft dahingehend, wonach diesem die Hände gebunden seien; vielmehr habe dieser kreative Lösungen vorzuschlagen. Das schliesse mitunter Massnahmen ein, wie die Errichtung von Schikanen, die dazu führen, dass die Lastwagen in Befahrung ihrer Schleichwege unattraktive Verhältnisse antreffen und «gut durchgeschüttelt» würden, weiter sei an die Implementierung von Einbahnverkehrsregimen oder die Errichtung von Sackgasen zu denken. Und zu guter Letzt sei die Zahl der mobilen Geschwindigkeitskontrollen zu erhöhen, dies würde den angenehmen Nebeneffekt mit sich bringen, dass damit auch gleich ein Beitrag zur Sanierung der Stadtkasse geleistet würde.



### AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 03. OKTOBER 2019

GESCH.-NR.

2019-0720

BESCHLUSS-NR.

In Kyburg seien die Einwohnerinnen und Einwohner nun selbst aktiv geworden, indem sie den Stadtrat mittels Petition dazu eingeladen hatten, neuralgische Punkte und die Einführung von Tempo 30-Zonen zu prüfen. Brigitte Rösli begrüsst den Ergriff dieser Eigeninitiative – dies zwingt den Stadtrat dazu, sich Gedanken zur Thematik auch in anderen Aussenwachten zu machen.

-----  
*Die Ratspräsidentin* bittet den Stadtrat in Anwendung von Art. 72 Abs. 4 GeschO GGR bekanntzugeben, ob er gedenke, den Vorstoss entgegenzunehmen.

-----  
*Stadträtin Salome Wyss, SP, Ressort Sicherheit*, gibt namens des Gesamtgremiums bekannt, wonach der Stadtrat das Grundanliegen des im Rösli'schen Vorstoss formulierten Ansinnens nachvollziehen könne, er dennoch aber Bereitschaft verweigere, den im Postulat formulierten Antrag näher zu prüfen.

Mit der zuständigen kantonalen Instanz der bei der Kantonspolizei Zürich angesiedelten Verkehrstechnischen Abteilung (VTA) wurden bereits im Vorfeld und anlässlich diverser Gelegenheiten verschiedentliche Abklärungen getroffen. Deren grundsätzliche Haltung kann insofern zusammengefasst werden, als dass «die Strassen zum Fahren da seien». Wo nicht verkehrstechnische Risiken oder übergebürliche Gefahrenpotenziale bestünden, verfüge die Kantonspolizei keine Änderungen am gestrengen Verkehrsregime. Sie alleine sei zuständig für die Änderung bzw. Errichtung von Signalisationen.

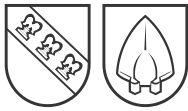
Mangels Aussichten auf Erfolg erachtet es der Stadtrat als müssig, erneut Abklärungen in Auftrag zu geben, zu welchen er das negative Resultat bereits vorausnehmen könne. Der Stadtrat teilt die Auffassung der Postulantin, wonach sich der beschriebene Effekt als störend auswirkt; er möchte mit einem Zeichen der Postulatsübernahme aber auch keine falschen Hoffnungen schüren. Sodann ersucht er das Parlament, den Vorstoss nicht zu überweisen.

-----  
*Ratspräsidentin Katharina Morf, FDP*, fragt den Rat an, ob Bedarf zur Eröffnung einer Diskussion besteht, was durch einzelne Mitglieder angezeigt wird. Die Diskussion kann in Anwendung von Art. 72 Abs. 4 GeschO GGR direkt und ohne Ratsbeschluss eröffnet werden.

-----  
*Gemeinderat Roman Nüssli, SVP*, ist in einer der betroffenen Aussenwachten wohnhaft. Auch in Agasul mache sich Mehrverkehr in den Hauptstosszeiten bemerkbar; es seien aber nicht die von Gemeinderätin Rösli in den Fokus gerückten Lastfahrzeuge des Schwerverkehrs, sondern viel mehr Personenwagen, die diesen zusätzlichen Verkehr durch das Nutzen von Abkürzungen und sogenannten «Schleichwegen» nutzen.

Zudem sei zu erwähnen, dass sich die Situation in Tat und Wahrheit nicht derart gravierend präsentiere, wie Brigitte Rösli sie beschreibe. Eine Querung der Hauptstrasse, wo letzten Endes nicht einmal ein Fussgängerstreifen markiert sei, wäre dies noch immer möglich.

Im Weiteren widerspreche sich Brigitte Rösli's Aussage, wenn sie im Postulat die engen Platzverhältnisse in den Aussenwachten kritisiere und gleichzeitig aber die weitere Verengung von Strassenabschnitten fordere. Solche Massnahmen würden insbesondere den landwirtschaftlichen Verkehr schädigen.



### AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 03. OKTOBER 2019

GESCH.-NR.

2019-0720

BESCHLUSS-NR.

Die von Gemeinderätin Rööfli angeführten möglichen Massnahmen kämen letztendlich lediglich nur einer Symptombekämpfung gleich. Solange die Hauptverkehrsachsen überlastet und nicht mit einschneidenden baulichen Massnahmen erweitert würden, ändere auch die Situation in den Aussenwachten nicht. Glücklicherweise stünden entsprechende Projekte beim Effretiker Abschnitt der Nationalstrasse A1 kurz vor Vollen-  
dung. Gemeinderat Nüssli beobachte daher, inwiefern sich die Situation sich in naher Zukunft allenfalls verbes-  
sern werde.

Gemeinderat Nüssli spricht sich gegen die Überweisung des Vorstosses aus – denn auch jeder Führer von Lastkraftfahrzeugen wäre froh, von seinem Navigationssystem nicht mittels des mühseligen Weges über A-  
gasul nach Illnau gelotst zu werden.

-----

*Gemeinderat Thomas Schumacher, SVP*, anerkennt die eingeschränkten Kapazitäten auf den umliegenden Strassen. Allerdings sei in Erinnerung zu rufen, wonach die Stadt auf Hoheitsgebiet der Kantonsstrassen über-  
gänglich keine Entscheidungskompetenz verfüge. Gemeinderätin Rööfli sei bei der zuständigen kantonalen  
Instanz vorstössig geworden, sie möge trotz abschlägiger Antwort halt dort nochmals nachfassen.

-----

*Gemeinderat Michael Käppeli, FDP/JLIE/BDP*, zitiert Friedrich Wilhelm Nietzsche mit den Worten: «Etwas kurz  
Gesagtes kann die Frucht und Ernte von vielem Lang-Gedachten sein», und verweist gleichzeitig auf eine in  
der Vorwoche publizierte Medienmitteilung des Stadtrates, wo dieser Stellung bezieht zur Beantwortung der  
angesprochenen Petition von Kyburger Anwohnerinnen und Anwohnern. Sie forderten vom Stadtrat verkehrs-  
beruhigende Massnahmen im Sinne von Tempo 30-Zonen innerhalb der Ortschaften Kyburg, Ettenhusen und  
Billikon.

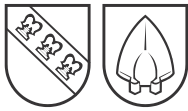
Im Dorfkern von Kyburg lässt sich gemäss stadträtlicher Mitteilung eine Tempo 30-Zone einrichten, andern-  
orts, wo dies nach erstlichen Abklärungen nicht zulässig sei, werden alternative Massnahmen geprüft bzw.  
vorgeschlagen.

Der Stadtrat habe damit die weitreichenden Forderungen des Postulates bereits nach seinen Möglichkeiten  
umgesetzt. Gemeinderat Käppeli dankt für die Berichterstattung und sieht zur Sache keinen weiteren Diskus-  
sionsbedarf mehr.

-----

*Die Ratspräsidentin* stellt die erschöpfte Diskussion fest und leitet das Abstimmungsprozedere zur Frage der  
Postulatsüberweisung ein.

-----



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 03. OKTOBER 2019

GESCH.-NR. 2019-0720  
BESCHLUSS-NR.

### ABSTIMMUNG

### DER GROSSE GEMEINDERAT

#### BESCHLIESST:

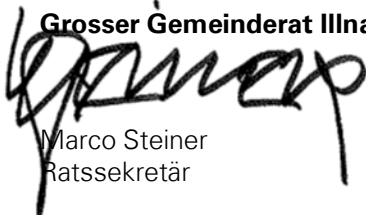
1. Das Postulat Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Verkehr in den Aussenwachten wird dem Stadtrat nicht zur Beantwortung überwiesen.
2. Der Vorstoss wird sodann als erledigt abgeschrieben und entfällt damit der Pendenzenliste.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - Abteilung Sicherheit
  - Abteilung Präsidiales (Geschäftsakten)

---

Obgenannter Beschluss kam mit einem Stimmenverhältnis von 17:14 Stimmen zu Stande.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

**Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon**



Marco Steiner  
Ratssekretär

Versandt am: 04.10.2019  
ms